



EP-Berichterstatter will höheren Biotreibstoffanteil

Arbeiter in einer Produktionsanlage für Biodiesel in Sternberg. (Foto: Jens Büttner/dpa)



Artikel
von Frank Hütten
15. Februar 2022

Die Vorschläge der EU-Kommission zur Überarbeitung der Richtlinie für erneuerbare Energie sind für Markus Pieper (CDU), dem für das Thema zuständigen Berichterstatter im federführenden Energie- und Industrienausschuss des Europäischen Parlaments, „enttäuschend“, was den Verkehrsbereich angeht. Das von der Kommission vorgeschlagene Ziel, den Treibhausgasausstoß des Verkehrs bis 2030 durch alternative Treibstoffe um 13 Prozent gegenüber einem Basisszenario zu verringern, hält Pieper für nicht ehrgeizig genug.

Er schlägt in seinem Berichtsentwurf 20 Prozent vor und erwartet, dass aus dem Parlament Forderungen für noch höhere Werte kommen.

Höhere Quoten sollen Markt schaffen

Um ambitioniertere Ziele zu erreichen, will der CDU-Politiker einerseits die Elektrifizierung von Fahrzeugen rechtlich erleichtern und andererseits den Einsatz von Biokraftstoffen und Kraftstoffen nicht biogenen Ursprungs – Wasserstoff, E-Fuels, synthetische Kraftstoffe – vorantreiben. „Das wären echte Signale für Technologieoffenheit, die auch für nur schwer zu elektrifizierende Wirtschafts- und Verkehrsbereiche und Regionen Optionen eröffnen“, sagt Pieper.

Die Kommission möchte den Energieverbrauch im Verkehr in diesem Jahr zu 0,2 Prozent durch „fortschrittliche“ Biotreibstoffe und Biogas gedeckt sehen. Dieser Anteil soll über 0,5 Prozent im Jahr 2025 auf 2,2 Prozent 2030 steigen. Pieper schlägt deutlich höhere Quoten von 0,4 Prozent (2022), 1,0 Prozent (2025) und 5,0 Prozent (2030) vor. Das Ziel der Kommission von mindestens 2,6 Prozent nicht biogenen Kraftstoffen 2030 will er bereits 2028 erreicht sehen. 2030 sollen es dann 5 Prozent sein.

„Sollte nur das allgemeine Ziel auf 20 Prozent hochgesetzt werden, würde der Markt sicherlich reagieren, aber den leichtesten Weg wählen und stark in Biokraftstoffe der ersten Generation investieren, was ökologische Konkurrenzsituationen verschärft“, sagt Pieper. Ein Markt für nachhaltige Biotreibstoffe brauche Anreize durch höhere Quoten, um wirtschaftlicher zu werden.

Pieper will dabei, anders als die Kommission, auch „emissionsarmen“ Wasserstoff und daraus hergestellte Kraftstoffe anrechnen. Das bei deren Produktion entstehende CO₂ könnte aufgefangen und gespeichert werden. Der CDU-Abgeordnete räumt ein, dass gegen diese Pläne im EP Widerstand von Sozialdemokraten, Linken und Grünen zu erwarten ist. Das dürfte auch für seine Vorschläge gelten, die Nutzung von Forstprodukten wie Baumstämmen und Wurzeln als Energiequelle zu erleichtern. Um Europas Bedarf an erneuerbarer Energie zu decken, hält der EP-Berichtersteller auch eine Importstrategie für Wasserstoff und Ökostrom für nötig.

Genehmigungsverfahren als Flaschenhals

Auf Konflikte – auch mit den Mitgliedsstaaten - stellt sich Pieper ein, wenn es darum geht, Genehmigungsverfahren für Projekte zur Erschließung erneuerbarer Energiequellen zu beschleunigen. „Genehmigungsverfahren sind der Flaschenhals der Energiewende. Der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netzinfrastuktur liegt aber im öffentlichen Interesse.“ Pieper schlägt ein „Fit for 55“-Label für Projekte von öffentlichem Interesse vor, die mit beschleunigten Verfahren realisiert werden sollen. Außerdem möchte er beim Artenschutz so vorgehen, dass bei der Prüfung von Energieprojekten nicht die Auswirkungen auf einzelne Tiere und Pflanzen, sondern auf deren gesamte europäische Population geprüft werden.

Positiv am Kommissionsvorschlag sieht Pieper zum Beispiel die geplante Verpflichtung der Fahrzeughersteller, klare Angaben über den Alterungszustand der Autobatterien, ihren Ladezustand und die Speicherfähigkeit zu machen. Das könne „einen Schub für die Elektromobilität auslösen“.

Das Basisziel der neuen Richtlinie, den Anteil erneuerbarer Energien am EU-Gesamtenergieverbrauch bis 2030 auf 40 Prozent zu steigern, hält Pieper für „ambitioniert, aber erreichbar“. Dadurch werde die EU bei der Energieversorgung unabhängiger von einzelnen Lieferanten und auch die Preise blieben im Rahmen. Bisher hat sich die EU ein Ziel von 32 Prozent gesteckt.